

Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **32 (2013)**

Heft 63

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Editorial

«Jede Gesellschaft ist eine Art Pyramide mit den Intellektuellsten und Bildungsfähigsten an der Spitze und einem breiten Sockel von Menschen mit vorwiegend handwerklichen Stärken. Diese müssen wir genauso in unser Bildungssystem einbeziehen.» (NZZ online, 28.10.2012) So nimmt der schweizerische Wirtschafts- und Bildungsminister Johann Schneider-Ammann die gesellschaftliche «Bildungspyramide» in den patronalen Blick, als ginge es um die Belegschaft seines Maschinenbauunternehmens oder eines Bienenstocks. Hätten solche Aussagen vor fünfzehn Jahren noch Debatten über Ungleichheit und Chancengerechtigkeit in der Bildung entfacht, so scheinen sie heute, im Zeitalter der internationalen Rangierung von Schülerleistungen, der «Bestenauslese» und des Wettbewerbs der Eliteschulen, breit akzeptiert. Kaum zu bestreiten ist das gesellschaftliche Faktum der «Bildungspyramide» mit ihren hierarchisch gestuften Schichten und den Selektionsmechanismen, die jene des Arbeitsmarkts vorwegnehmen. Für die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ist der Erwerb eines passenden Bildungstitels absolut notwendig, wenngleich längst nicht mehr hinreichend: Wurden früher die «Sockelschichten» der Gesellschaft mit ihren gegebenen «handwerklichen» Fähigkeiten einfach so lange als möglich produktiv genutzt, so will man sie heute «einbeziehen» in den Wettkampf der Bildungs- und Wirtschaftsstandorte. Sie sollen, genauso wie die «Fähigsten», ihren Leistungsbeitrag laufend perfektionieren.

Die Ausrichtung am internationalen Wettbewerb realisiert sich im Bildungssystem in radikalen Reformen, die bildungsfremde Ziele verfolgen. Bildungspolitik argumentiert nicht mehr mit gesellschaftlichen Bildungsaufträgen, sondern mit wirtschaftlicher Mittelzuweisung und Marktöffnung; sie verpflichtet Bildungsträger zu betriebswirtschaftlicher Steuerung. «Leistungsgerechtigkeit», «freie Schulwahl», «Durchlässigkeit» und «Integration von Minderheiten» – so die sinnstiftenden Etiketten; Selektion und Budgetkürzungen sind aber ebenso sehr im Spiel. Kontinuität zeigt sich einzig in der Tatsache, dass Bildung unvermindert zur Reproduktion von sozialer Ungleichheit, von geschlechtlicher und ethnischer Segregierung beiträgt. Das liberale Versprechen von Chancengleichheit durch Bildung ist längst ersetzt durch neue Legitimationsformeln: Eigenverantwortliches, lebenslanges Lernen sichere die Arbeitsmarktfähigkeit.

Und was an Ungleichheit und Diskriminierung nicht aus der öffentlichen Wahrnehmung wegdefiniert werden kann, wird durch Verweise auf marktwirtschaftliche Gesetzmässigkeiten, auf ethnisch-kulturelle Voraussetzungen oder auf Erkenntnisse der neurobiologischen Lernforschung «erklärt». Solche Deutungen verdecken die Chancenungleichheit herstellenden sozialen Strukturen und nehmen das Subjekt und seine Disposition direkt in die Pflicht. Leistungsmoral und Konkurrenzstreben, ebenso die Angst vor akuter Leistungsschwäche und sozialem Abstieg lassen neue Lern- und Laufbahnbedürfnisse entstehen. Das boomende Bildungsbusiness deckt solche Bedürfnisse, etwa das nach «gutem Selbstmarketing», und erzeugt ständig neue. Träger der berufsorientierten Bildung haben sich zum Grundsatz gemacht, für jeden halbwegs identifizierbaren beruflichen Entwicklungstrend ein noch differenzierteres Kursangebot bereitzuhalten, um damit den Zugang zu beruflichen Positionen zu regulieren und Erträge zu sichern. Wer sich von der Leistungsmoral nicht antreiben lässt, wer den Blick für lohnende Bildungsinvestitionen nicht in frühen Jahren habitualisiert hat, riskiert den Ausschluss, nicht nur durch das System, sondern auch den Selbstausschluss unter dem Eindruck eigenen Versagens.

Die aktuelle Finanzkrise – in der Schweiz reicht schon deren Androhung – beschleunigt den Umbau des Bildungssystems. Mit vorausseilenden Spareinschnitten, mit Wirtschaftlichkeitsvorgaben und inhaltsleeren Qualitätsnormen treibt die Bildungsbürokratie auch die Institutionen der öffentlichen Bildung auf den Markt. Dieser – und nicht ein politisch auszuhandelnder Bildungsauftrag – entscheidet heute, welche Bildung stattfindet, welche Kompetenzziele verfolgt werden und wem sie dienen. Abbau-massnahmen und Haushaltsanierungen in bislang staatlichen oder staatlich regulierten Leistungsbereichen verhelfen privaten Verwertungsinteressen erst richtig zum Durchbruch. Hierzulande werden die wirtschaftlichen Folgen von Reformeingriffen noch durch Verschiebung von Haushaltsmitteln, durch Leistungsverdichtung beim Bildungspersonal und durch die Erschliessung neuer Weiterbildungsmärkte (kurzfristig) abgefedert. In den verschuldeten Ländern des Euroraums, in Lateinamerika usw. jedoch zeigen sich die Folgen in voller Härte. In der Bildung, als «höchstes Gut» gerne schöngeredet, werden Kosten gesenkt, Infrastrukturen vernichtet, Fachpersonal entlassen und gewinnorientierte Anbieter bevorzugt. Gegen solche Strategien einer «Krisenbewältigung», welche jüngeren Generationen jegliche Berufsperspektiven raubt, formieren sich Protestbewegungen von SchülerInnen und Studierenden, an denen sich weitere Bevölkerungskreise beteiligen.

Den Einstieg in die Thematik des vorliegenden Bandes gibt die Frage nach dem Stellenwert von politischer Bildung und Demokratie, ein kriti-

scher Zugang angesichts des vorherrschenden funktionalen Bildungsverständnisses. Er zielt auf die Befähigung der Menschen, ihre politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse selbstbestimmt zu gestalten, was unter Bedingungen technokratischer Standortpolitik und erodierender demokratischer Mitbestimmung erschwert wird. Daran knüpft auch der Beitrag zur lange Jahre vernachlässigten politischen Bildung in der Gewerkschaftsbewegung an. Die Brisanz der Demokratiefrage zeigt sich an den Bildungsprotesten, dargelegt am Falle Chiles, die sich zu einer umfassenden sozialen Bewegung ausgeweitet haben.

Die Beiträge des Schwerpunktteils widmen sich verschiedenen Bereichen des schulischen und beruflichen Bildungssystems und stellen Bezüge her zu bislang konsensualen bildungspolitischen Zielen. Absicht dieser Publikation ist es nicht, die Trends im Bildungssystem umfassend auszuloten, wohl aber den Fokus auf wichtige Dynamiken, Bruchlinien und Ansatzpunkte zu legen: auf das Verhältnis der beruflichen Bildung zur Beschäftigungsentwicklung, auf den Übergang von der obligatorischen Bildung zur nachobligatorischen, auf die Perspektiven von Erwerbstätigen ohne Berufslehre. Weitere Beiträge befassen sich mit der Situation der Gender Studies in der universitären Lehre und Forschung; mit der Studiensituation an der «unternehmerisch» geführten Hochschule, die wichtige Aspekte der neoliberalen Programmatik umsetzt; mit dem Aufschwung der Bildungsökonomie in der Schweiz und mit den Selektionsmechanismen in der Bildung und am Arbeitsmarkt.

Der Diskussionsteil beinhaltet grundsätzliche Analysen zu aktuellen Themen der Bildungsdiskussion – «Schwarmintelligenz», «Lernen in der Weltgesellschaft» –, zu Fremd- und Selbstausschluss aus der Bildung und zur Wertfreiheit sozialwissenschaftlicher Forschung. Besprechungen aktueller Publikationen zu Bildung, Rassismus und Rechtsextremismus, Gewerkschaftspolitik und weiteren Themen runden das Heft ab.

Im August 2013
Die Redaktion